

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 5

Duisburg, den 30. Januar 1926

27. Jahrgang

Wirtschaftslage und Arbeiterschaft

Von Heinrich Kreil

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns machte im August vorigen Jahres auf der Generalversammlung unseres Verbandes in Osnabrück Ausführungen, welche die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregten. Er stellte für den kommenden Winter eine schwere Wirtschaftskrise und eine Arbeitslosenziffer von mehr als 1 Million in Aussicht. Er sah den Anstoß hierzu vom Kapitalmarkt her, mit seinem Mangel an Kapital, dem Zins- und dem Provisionswucher. Dr. Brauns hat leider mit seiner Prophezeiung durch die Entwicklung recht bekommen. Wir stehen mitten in einer schweren Wirtschaftskrise. Das sie „Gesundungskrisis“ sein soll, ist für die Arbeitslosen ein schlechter Trost. Selbst Arbeiter, die ein Vierteljahrhundert und länger ihrem Arbeitgeber die Treue gehalten haben, beschleicht das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn wieder große Unruhe in die Arbeiterschaft eingeht und es wieder an schärfster Kritik hagelt gegen Regierung und Parlamente, gegen Unternehmer, aber auch gegen die Gewerkschaften. Die Kritik mag vielleicht im einzelnen nicht das Richtige treffen. Wer aber diese Kritik als unbedeutend abtun möchte, der begeht ein Unrecht. Das mögen sich die Unternehmerkreise gesagt sein lassen, die diese Kritik in der Öffentlichkeit vielfach als unangebracht bezeichnen. Wer unverschuldet von Arbeitslosigkeit betroffen wird, hat ein Anrecht darauf, nach den Gründen zu forschen und Rechenschaft zu fordern.

In unseren Reihen wird vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, die Betriebsbeschränkungen beruhen nur auf einer Willkür der Unternehmer, um diesen Winter die „soziale Reaktion“ zum Ziel zu führen. Diese Behauptungen werden jeweils auch durch Einzelerfahrungen aus den Betrieben mehr oder minder gut belegt. Schien sich aber manchmal auch nur auf Vermutungen. Tatsache ist, daß nicht vereinzelt die Arbeitslosigkeit zu einem rigorosen Lohnruck ausgeht; im Hinblick auf die dadurch weiter verringerte Kaufkraft das Unverständnis, was geschehen kann. Was haben demgegenüber Ausführungen des Direktors Kraemer vom Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie für eine Bedeutung, „daß kein maßgebender und prominenter Führer bei der Industrie einen Lohnabbau gut heißt“. In den Bezirken und Betrieben wird eine gegenteilige Praxis geübt. Wo bleibt hier die Durchsetzung des Willens der Führung?

Trotz dieser beachtlichen und bedauerlichen Erscheinungen bleibt es eine Tatsache, daß eine Reihe von Faktoren, die zu beseitigen wir nicht die Macht hatten, von größtem Einfluß auf unsere wirtschaftliche Lage waren und sind. Wir befinden uns heute in der Lage eines hochvalutarischen Landes mit seinen Vorteilen, aber auch seinen Nachteilen. Frankreich, Belgien, Italien als untervalutarische Länder, die deshalb keine Arbeitslosigkeit kennen, spielen heute uns gegenüber die Rolle, die Deutschland während seiner Inflationszeit durch Verschleuderung seiner Waren gespielt hat. Die Kohlensubventionen Englands treffen unseren Bergbau um so mehr, als sie ihm nicht nur die Absatzmärkte streitig machen, sondern auch einen geringeren Preis für die Reparationskohle einbringen, da nach dem Versailler Vertrag der englische Preis bei der Bezahlung zugrunde zu legen ist, wenn dieser geringer ist als der deutsche Inlandspreis. Die Kapitalkraft der Vereinigten Staaten Amerikas setzt unserem Export gewisse Schranken, da die Steigerung der Ausfuhr nicht nur eine Preisfrage, sondern auch eine Kreditfrage ist. Infolge der Kapitalnot Deutschlands ziehen wir hier unbedingt den Kürzeren. Die Ein- und Ausfuhrverbote und hohen Zölle zum Schutze neu entstandener Industrien sind nach wie vor eine oft unüberwindliche Schranke. Unser Handel mit Russland bewegt sich auch heute noch in sehr engen Grenzen. Auf alle diese Verhältnisse haben wir als Gewerkschaften keinen Einfluß, können somit auch nicht für diese Umstände verantwortlich gemacht werden. Diese Entwicklungen sind durch den Krieg herbeigeführte Wirtschaftsförderung, die wir nicht durch unseren Willen aus der Welt schaffen können. Diese Folgen kommen auf Rechnung derjenigen — im In- und Ausland —, die den Krieg auf ihr Konto zu schreiben haben.

Die Arbeiterschaft ist aber darüber klar, daß die „Gesundungskrisis“ trotz obiger Feststellungen nur deshalb den Umfang annehmen konnte, weil die deutschen Wirtschaftskreise falsche Wege eingeschlagen haben. Die während der Inflation vollzogene Flucht in die Sachwerte ist vielfach wahllos erfolgt. Statt die vorhandenen Produktionsstätten technisch dem Ausland ebenbürtig zu machen, haben viele Unternehmer ihr Ziel in möglicher Ausdehnung ihrer Fabrikgebäude. Diese belasten heute die Kalkulation und sind teilweise zum Abbruch reif. Unsummen wurden hierdurch verschwendet. Möglich war dies nur dadurch, daß der Warenhunger jeden Absatz sicherte und die niedrig gehaltenen Löhne die technische Rückständigkeit begünstigten. Dieses Ziel wird durch die jetzige Lohnpolitik der Unternehmer, wie sie in den Lohnabbaubestrebungen zum Ausdruck kommt, fortgesetzt. Die Vollbeschäftigung der Industrie, insbesondere aber die vermehrte Produktion bei technischer Verbesserung der Betriebe, hängt von der Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes ab. Demgegenüber tritt die Ausfuhr ganz in den

Hintergrund. Vor dem Kriege gelangten nur zirka 10 Prozent der deutschen Erzeugung zur Ausfuhr. Heute haben wir hierin noch nicht einmal die Vorkriegsziffer erreicht. Selbst den unwahrscheinlichen Fall angenommen, es gelingt die Ausfuhr zu verdoppeln, so kann dies zur Vollbeschäftigung nicht genügen, wenn der Inlandsabsatz versagt. Es gibt hier nur zwei Wege. Entweder man folgt dem Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika und erstrebt ein hohes Inlandsniveau und daneben außerordentlich hohe Löhne, oder man erstrebt ein niedriges Preisniveau und findet sich dann mit niedrigen Löhnen ab. Aber mittels einer privaten Zwangswirtschaft (Kartelle, Preisconventionen, Innungen, Zwangsverkaufspreise für Markenartikel usw.) eine Preissteuerung herbeizuführen und dabei die Löhne niederzuhalten, ist wirtschaftlicher Unsinn. Viele Unternehmer sehen aber nur ihre eigene Produktion und lassen allgemein volkswirtschaftliche Gesichtspunkte außer Betracht. Anders sind die eben gekennzeichneten Bestrebungen nicht zu verstehen.

Für die Lösung der Krise ist von ausschlaggebender Bedeutung die zweckmäßige Anlegung des der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden In- und Auslandskapitals. Eben weil die Decke kurz ist, kann die Verwendung nicht wahllos geschehen. Direktoren von Banken, die in der jetzigen Zeit Millionenbeträge zum Bau von Filmpalästen zur Verfügung stellen (Dresdener Bank 18 Millionen Mark an die Ufa), haben ihren Beruf als Wirtschaftsführer verfehlt. Die Kreditgeber haben nicht nur die Vertrauenswürdigkeit des Kreditnehmers zu prüfen, sondern auch den Verwendungszweck, was nie geschieht. Es könnten z. B. ohne Bedenken einige Schnapsbrennereien eingehen, wenn mit dem sonst diesen zur Verfügung gestellten Geld einige andere wichtige Betriebe erhalten bleiben können. Die so gepriesene freie Wirtschaft führt dazu, daß technisch nicht ungünstig arbeitende Betriebe mangels Betriebsmittel zum Erliegen kommen (siehe Aka), rückständigen Betrieben aber dank besonderer Verbindungen neue Kredite eingeräumt werden. Hier muß es das Reichswirtschaftsministerium als seine Aufgabe ansehen, regulierend einzugreifen.

Der Vorrprung des Auslandes in der technischen und vor allen Dingen in der organisatorischen Ausgestaltung der Betriebe ist außerordentlich groß, und zwar nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika. Soll es nun wirklich jedem einzelnen Unternehmer überlassen sein, für sich zu sehen, wie und in welchem Tempo er diesen Vorrprung einzuholen versucht? Macht es die gemeinsame Not der Wirtschaft nicht vielmehr zur Pflicht, durch gemeinsame Maßnahmen auf schnellstem Wege Abhilfe zu schaffen, statt sich aus Konkurrenzneid gegenseitig die Betriebe zu verschließen. Bestimmte Erfahrungen berechtigen zu der Behauptung, daß der Vorteil selten ein einseitiger ist. Diese Wege sind außergewöhnlich, aber sie finden in der schwierigen Lage ihre Begründung.

Von jeher war der Baumarkt ausschlaggebend für die Konjunktur. Die Entfaltung einer größeren Bautätigkeit würde zu einer starken Belebung der Gesamtwirtschaft beitragen. Da selbst eine Aufgabe der gesetzlichen Mietpreisbildung infolge Kapitalmangels dieses Ziel nicht erreichen läßt, muß die Mietsteuer unverzüglich ihrem ursprünglichen Zweck in stärkerem Maße zugeführt werden. In Preußen sollen nach einer neuen Regierungsvorlage bei einer hundertprozentigen Friedensmiete nur 16 Prozent für die Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens Verwendung finden und damit nur 40 bis 50 000 Wohnungen (weniger als im Vorjahr) hergestellt werden. Der Preussische Landtag hat die Absicht, diesen Prozentfuß auf 20 zu erhöhen. Im Hinblick auf die allgemeine Arbeitslosigkeit, die eine monatliche Unterstützung von nicht weniger als 70 Millionen Mark notwendig macht, ist auch diese Regelung noch unbefriedigend und die Regierungstellen wie die Parlamente mögen sich darüber klar sein, daß sie damit den Interessen der Wirtschaft, insbesondere aber denen der Arbeiterschaft, nicht gerecht werden.

Die Gewerkschaften haben nicht die Entscheidung über den Gang der Wirtschaft in der Hand. Wohl ließe sich manches bessern, wenn nicht in kurzfristiger Weise die Arbeitsgemeinschaft zerschlagen wäre. Sicher hätte sie die Krisis nicht verhindern, wohl aber manches Unerfreuliche verhüten, insbesondere aber gemeinsamen Forderungen von Arbeitgeberschaft und Arbeiterschaft entsprechenden Nachdruck verleihen können. Vielleicht trägt die jetzige Situation zur Läuterung bei. War schon die Krisis nicht zu verhindern, so blieb den Gewerkschaften die Pflicht, für die Opfer derselben einen finanziellen Stützpunkt zu sichern. Dieses ist durch ihr erfolgreiches Vorgehen zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung geschehen. Ihre Anstrengungen richteten sich jetzt auf die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung. Der zuständige Ausschuß des Reichstags hat sich nunmehr ebenfalls dafür ausgesprochen. Gegenüber früher, wo wir ebenfalls schon schlimme Krisen durchzumachen hatten und wo der Arbeitslose vollkommen sich selbst ohne Unterstützung überlassen war, bedeuten diese Bestrebungen der Gewerkschaften zweifellos einen nicht zu unterschätzenden Erfolg.

Die Erwerbslosenfrage

Wir haben gegenwärtig wohl 2 Millionen arbeitsloser Menschen im Deutschen Reich. Darunter sind Hunderttausende, die nicht erst in den letzten Wochen vom Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, sondern schon monatelang, viele sogar jahrelang ohne Arbeit sind. Das ist ein unsagbar hartes Geschick, nicht arbeiten zu können, trotzdem Arbeitslust und Arbeitswille sicher bei fast allen lebendig ist. Es ist zunächst deshalb ein hartes Schicksal, weil mit der Arbeitslosigkeit auch die Quellen des Erwerbs verstopft sind. Gewiß greift der Staat ein mit seiner Erwerbslosenunterstützung, aber deren Sätze sind ja besonders reichlich.

Dann aber, und das ist ein zweites wichtiges Problem: Arbeitslosigkeit demoralisiert auf die Dauer. Besonders für die jüngeren, in sich noch nicht gefestigten Menschen, ist längere Beschäftigungslosigkeit direkt gefährlich. Wir haben deshalb immer und immer wieder gefordert, daß die Förderung von Notstandsarbeiten intensiver wie bisher betrieben wird. Diese Forderung, die in ihrer Rückwirkung eine eminent sittliche Forderung ist, erheben wir auch heute wieder mit besonderem Nachdruck. Sparsamkeit auf dem Gebiete ist doch nur vorläufige Vorenthaltung von Mitteln, die der Staat bei der demoralisierenden Auswirkung langer Arbeitslosigkeit später zum großen Teil, aber nicht mehr produktiv, wieder ausgeben muß.

Auch in der Frage der Kurzarbeiterunterstützung muß endlich was geschehen. Es geht nicht an, daß arbeitende Menschen weniger verdienen, als wenn sie völlig arbeitslos wären. Wir hoffen, daß endlich diese, unsere Forderungen erfüllt werden.

Vor dem Wiederaufstieg der Montanindustrie

Mit der Gründung der Vereinigte Stahlwerke A.G. (Montantrust) ist man in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in ein neues Stadium getreten. Vielleicht ist die Behauptung gerechtfertigt, daß die Montanindustrie den Höhepunkt der Krise hinter sich hat.

Die sogenannte „Reinigungskrise“ hat sich verschiedentlich ausgewirkt. Die Konzerne Klöckner, Haniel (Gutehoffnungshütte), Hoersch (Köln-Neuessen), haben laut ihren Abschlußbilanzen die Krise aus eigener Kraft überstanden. Die „Großen Vier“, Rheinische, Thyssen, Phönix und Heintzsch (Montantrust), werden ebenfalls durchkommen, aber nicht ohne gewisse Einbuße ihres Goldkapitals und nicht ohne sehr beträchtliche ausländische Kapitalbeteiligung. Die „Großen Vier“ haben sich nicht aus Liebhaberei zusammengeschlossen. Generaldirektor Haslach hat auf der Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerke gesagt, daß diese „lediglich auf Grund bitter-

Die Stunde der Entscheidung ist da

Die Wirtschaftskrise hat den Höhepunkt erreicht oder schon überschritten.

Starke Arbeitslosigkeit drückt das arbeitende Volk.

Schwarzmalerei und erzeugter Wirtschaftspessimismus sind die Sturmbede, durch welche das Unternehmertum die Stellung der Arbeiterschaft durchbrechen will.

Das Unternehmertum sucht durch die schwierige Lage die Arbeiterschaft zu ermatten und gewerkschaftsmüde zu machen.

„Die Gewerkschaften müssen zerstört werden“, dieser Spruch Klenters ist auch heute häufig unausgesprochenes Leitmotiv.

Um was geht es?

Den Tarifvertrag will man abbauen, um dich durch den Einzelarbeitsvertrag zu packen.

Das Schlichtungswesen, um die eigene Macht risikolos zu gebrauchen.

Den Urlaub, weil du ihn nicht notwendig hättest.

Den Lohn, weil man nur „durch Sparsamkeit“ hochkommen könne.

Die Arbeitszeit verlängern, weil man dadurch erheblich billiger produzieren könne.

Dagegen wehren wir uns!

Weißt du nun, warum die erhöhte Unterstützung und der erhöhte Beitrag notwendig war?

Weißt du nun auch, warum du in der richtigen Beitragsklasse zahlen mußt?

per Not ihre Selbständigkeit aufgeben“ und in den Montantrust eingehen wollen.

Krupp hat sich auf Grund seiner Tradition und seines Namens nicht entschließen können, in den Montantrust einzugehen.

Stinnes, Stumm und Rombach haben die schwersten inneren Erschütterungen auszuhalten gehabt und sind teilweise auf der Strecke geblieben.

Trotz der schlechten Lage dieser Werke stellte der Großfinanzier Louis Haggen, der als Vorsitzender oder stellvert. Vorsitzender des Aufsichtsrates in den meisten schweren Werken des Ruhrgebietes tätig ist, für die Zukunft ein günstige Prognose, was als Stempel vollzogener Sanierung angesehen wird.

Diese finanzielle Sanierung wird sich natürlich auf den Arbeitsmarkt erst langsam auswirken, dennoch sprechen viele Anzeichen dafür, daß alsbald mit erneuter Kraft in die Produktion eingetreten werden kann.

Unternehmerpraktiken

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hatte versucht, mit dem Namen Friß Ebert unter der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet zu wirken. Sie spielte eine Broschüre: „Der deutsche Arbeiter in der Wirtschaft“ von Friß Ebert jun., gegen die Gewerkschaften, ohne Unterschied der Richtung, aus, insbesondere auch in Bezug auf den Achthundentag.

„Unser Verband führt im Interesse der Mitglieder aber nicht nur in Differenzfällen den Kampf mit Gewerkschaft und Arbeiterschaft, sondern er bemüht sich auch um die Aufklärung der Arbeiterschaft über volkswirtschaftliche Dinge, wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten.“

„Namentlich an die Mitglieder der Betriebsräte kommen solche Flugblätter, auch kleinere Schriften, zum Versand, wie z. B. eine Klarstellung über die Unmöglichkeit der Einführung der Ford'schen Arbeits- und Lohnmethoden, die die Köpfe der Arbeiter in letzter Zeit so verdröhrt haben, wie über die technische Notwendigkeit, Preisabbau usw.“

Daß den Syndicis und sonstigen Vertretern von Unternehmerverbänden im Kampf gegen die Gewerkschaften und Arbeiterschaft jedes Mittel recht ist, weiß letztere ja zur genüge. Wir haben aber immerhin noch geglaubt, daß es auch unter den Unternehmern noch anständige und ehrliche Menschen gibt.

„Der Arbeiterschaft der Mitglieder wird durch eine besondere Abteilung beständig mittels populär geschriebener, ihr „neutral“ zugehöriger Flugblätter, Aufklärung über volkswirtschaftliche Begriffe, Kapital, Unternehmer usw. gegeben.“

Wenn die deutsche Arbeitgebererschaft schon so von ihren eigenen Organisationsleistungen eingeschätzt wird, dann erscheint doch wahrlich ein gerütteltes Maß von Mißtrauen der Arbeiter gegenüber ihren Brotherrn angebracht; Mißtrauen auch gegen sogenannte Aufklärungsschriften, die von irgend jemand angeboten werden.

Trotz der Krise darf unter keinen Umständen die Hausagitation vergessen werden.

Gerade unser christl. Metallarbeiterverband hat bisher an Gegenmaßnahmen auf diesem Gebiete das Möglichste geleistet, und die Schulungs- und Bildungsarbeit soll jetzt, so beschloß unsere Versammlung, noch energischer betrieben werden.

Zieht die Wirtschaft an?

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 21. Januar spricht sich der Generaldirektor eines großen westdeutschen Werkes über die Lage der westdeutschen Eisen- und Metallindustrie wie folgt aus:

„Es ist richtig, daß kleine Anzeichen von Besserung auf dem Weltmarkt vorhanden sind, teils dadurch, daß die französischen Werke ziemlich ausverkauft sind und nicht mehr so stark mit ihren billigen Angeboten auf den Markt drücken, teils, weil doch viel zurückgegangener Bedarf vorhanden ist, der sich nach und nach durch Käufe bemerkbar macht.“

Unsere Betriebsvertreterwahlen von 1925

Durch die Verhältnisse unserer Zeit haben sich die letzten Wahlen nach dem W.R.G. von März ab fast auf das ganze Jahr hinausgezogen. Hier lagen ganze Betriebe still. Dort waren die Belegschaftsziffern so zusammengeschmolzen, daß eine Betriebsvertreterwahl nicht mehr in Frage kam.

Mit dem Ausgang der Wahlen an sich kann indes unser Verband, wie auch in früheren Jahren, durchaus zufrieden sein. Wenn wir die gesamten Verhältnisse überschauen, können wir ohne Ueberhebung sagen, daß unser Verband und seine Betriebsvertreter die äußerst schwere soziale und wirtschaftliche Belastungsprobe bis jetzt am besten überstanden. Das kommt nicht von ungefähr!

Das vorliegende Gesamtergebnis erstreckt sich auf 1631 Wahlen und Betriebe gegen 1929 im Vorjahr. In diesen Betrieben wurden 660 317 Arbeiter gegen 698 310 im Vorjahr ermittelt. In 305 von diesen Betrieben war unser Verband es allein, der eine Vorschlagsliste zu diesen Wahlen aufstellte.

Tatsächlich weitere Wahlen sind ebenfalls 663 zu verzeichnen. Bei diesen erhielten die Vorschlagslisten unseres Verbandes 82 677 Stimmen. Hiervon entfallen allein 34 257 auf den 1. Verbandsbezirk mit dem Sitz in Duisburg. Dieser zählt insgesamt 284 Wahlen. Hiervon fanden nur in 74 Fällen Wahlveranstaltungen mit anderen Organisationsrichtungen statt.

Die Unternehmer

wollen den Aufbau der Wirtschaft und Produktion durch Abbau der Sozialpolitik

erreichen. Zur rechten Zeit ist gegen diese Machenschaften eine hervorragende Abwehrschrift erschienen in den „Wächern der Arbeit“:

„Sozialpolitik durch Produktionspolitik“

von Dr. Bruno Stauffer, dem bekannten Sozialpolitiker. — Das Buch sollte sich in der Hand eines jeden führenden Kollegen befinden. — 70 Seiten stark, fest gebunden, Preis 1,00 M. — Zu beziehen durch den „Echo-Verlag“, Duisburg, oder durch unsere Zentrale, Duisburg, Stapelstor 17.

Auf der Hauptversammlung der Rheinisch-Westfäl. A.G. sagte Generaldirektor Haslach u. a., daß er in der Verwirklichung der „Vereinigten Stahlwerke“ (Ruhrmontantrust), einen Silberstreifen sehe, der gediegenes Metall enthalte.

Nach allen Anzeichen scheint der Tiefstand der Krise erreicht zu sein. Wirtschaftsführer wie Louis Haggen sagten kürzlich, daß der innere Gang der Wirtschaft verfolge, eine langsame Besserung merke.

Es ist notwendig, daß trotz der großen Krise in der wir uns befinden, wir uns nicht vom Wirtschaftspessimismus unterkriegen lassen, der vielfach deshalb erzeugt wurde, um politische oder auch soziale Machenschaften durchsetzen zu können.

etriebsvertreter ihrer Zahl nach auf die Richtung des

Table with 5 columns: Berichtsjahr, christlichen Verbandes, sozialist. Verbandes, Hoch- und Dunkelsh. Gewerkschaften, sonst. Vereinigungen u. unorganisierte usw.

Von den drei Gewerkschaftsrichtungen hat nur die unsere zugenommen. Von unsern Vertretern gehören 185 sonstigen christlichen Berufsverbänden an gegen 195 im Vorjahre.

Von den 3199 Vertretern unseres Verbandes gehören 322 einem Betriebsausschuß an, 658 sind Vorsitzende von Betriebsvertretungen und 428 sind Schriftführer. Ganz von der Berufsarbeit „freigestellt“ waren nur noch 26 unserer Betriebsvertreter, teilweise 168. Weibliche Betriebsvertreter haben wir 67 gegen 95 im Vorjahre.

Ganz besonders interessant ist auch die Erhebung über die Amtsdauer unserer Betriebsvertreter. Bei den letzten Wahlen wurden 837 neu gewählt, 595 waren ein Jahr im Amt, 499 2 Jahre, 413 3 Jahre, 389 4 Jahre und 454 5 Jahre.

Die Wahlen fanden in schweren Zeiten statt. Daraus erklärt sich manche Angst, um das Wahlrecht auszuüben, hier und dort aufgetretene Amtsmüdigkeit usw. Aber auf eine Erscheinung muß aufmerksam gemacht werden: In verschiedenen radikalen und sozialistischen Hochburgen und Betrieben gibt es überhaupt keine Betriebsvertretungen mehr, weil diese Leute keinen Mut und kein Vertrauen mehr dafür aufbringen.

Die kommenden Neuwahlen erfordern eine neue Belastungsprobe. Sie muß uns wiederum gerüstet finden!

Rundschau

Die alte „Weisheit“

Weiteste Kreise des Unternehmertums können sich nicht von dem Wahre frei machen, daß die Gesundung der Wirtschaft nur abhängig sei von einer Kürzung der Arbeiterlöhne und einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Jetzt hat neuerdings ein Herr Direktor Baare in Bochum wiederum der Öffentlichkeit gezeigt, was zu tun ist, wenn wir aus dem Elend heraus wollen. Auf der Vertretertagung der Deutschen Volkspartei äußerte sich, nach dem Bericht einer Bochumer Zeitung, dieselbe über die Wirtschaftslage.

Der neue Ruhrmontantruff

Es ist ohne Zweifel eins der mächtigsten Gebilde, die wir bis jetzt in Deutschland auf dem Boden der Industrie haben entstehen sehen. Von den vier Konzernern Rheinische, Thyssen, Phönix und Rhein Stahl wird an Werken für den neuen Truff eingegraben.

Die Verteilung des Kapitals in der neuen Gesellschaft ist so geregelt, daß Rheinische 39,5, Thyssen sowie Phönix - n. d. Zypen je 26 und Rhein Stahl 8,5 Prozent erhielten.

Der Hochdruckdampf als Kraftquelle (Schluß)

Leider wird der Hochdruckdampf noch nicht in der Weise, wie es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus erforderlich wäre, allgemein verwendet. Der Hochdruckeffekt erscheint noch nicht betriebsföhrig genug, um ihn für große Elektrizitätszentralen zu benutzen.

Prof. Eberle schlug in Nr. 39 der D.V.Z.-Zeitschrift vom 27. September 1924 vor, Heizkraftwerke zu schaffen. Er verspricht darunter große Werke, welche Kraft und Wärme zu gleicher Zeit liefern können.

Der von Eberle gemachte Vorschlag ist ein bedeutender Weg zur besseren Ausnutzung der in den Brennmaterialien enthaltenen Energie; ein anderer Weg, der mit diesem Vorschlag zusammen aber noch in erweitertem Maße die Vorteile des hochgespannten Dampfes ausnützen kann, bahnt sich jetzt schon an durch die Erziehung von Fernheizwerken.

gestattet ist. Dieses niedrige Aktienkapital ist vorläufig gewählt, weil noch nicht alle Einzelheiten, insbesondere auch nicht die Steuerfrage geregelt seien.

Für unsere Kollegen in der Hütten- und Bergbauindustrie muß das ein neuer Ansporn sein, dem neuen Montantruff eine möglichst geschlossene Front der Metallarbeiter entgegenzustellen.

Steigerung der Arbeitsintensität in der Schwerindustrie

Im Geschäftsbericht der Rhein Stahl - A. G. 1924/25 finden sich folgende interessante Gegenüberstellungen der Produktion dieses Konzerns:

an Kohlen: 1918/14 847 095 To., 1924/25 698 471 To., also 7,04 Prozent mehr; an Roheisen: 1918/14 697 163 To., 1924/25 884 985 To., also 26,04 Prozent mehr;

und auf den Steinkohlenbergwerken: 1918/14 4 676 454 To. und 1925 4 779 508 To. und dies, obwohl im Laufe des Berichtsjahres schon mit nennenswerten Einschränkungen begonnen wurde.

Wir brauchen diesen Tatsachen nur das Gerade über mangelnden Arbeitseifer gegenüber zu stellen, um zu zeigen, wie gewissenslos oft Arbeitgeberverbände über die Arbeiterschaft urteilen.

Das Dumping der französischen Waggonfabriken

Für das von der französischen Industrie betriebene Dumping ist es besonders charakteristisch, daß französische Waggonfabriken in Verhandlungen mit der Verwaltung der südafrikanischen Eisenbahnen und Häfen über Lieferung von 250 bis 500 Stahlwaggons stehen, dies ist umso bemerkenswerter, als gerade die südafrikanische Verwaltung bisher sehr streng an der Bevorzugung des englischen Mutterlandes festgehalten hatte.

Das französische Dumping hat sich, wie bekannt, auch auf dem deutschen Eisenmarkt erheblich ausgewirkt, doch sieht zu hoffen, daß mit einer baldigen Stabilisierung des Franken und dann mit dem Ende des Dumpings gerechnet werden kann.

Der arme Meister — der reiche Gehilfe . . .

Ein Kapitel für sich ist die Steuermoral gewisser Schichten. Eine vom Steuerausgleich des Schiffschen Gemeindebeamtenbundes vorgenommene Erhebung in einigen sächsischen Großstädten ergab interessante Ausschüttte. So zahlte bei einer Gemeinde an Kirchensteuer bei Erhebung von 15 Prozent für 1925:

- ein Dekorateur 6,20 M., dessen Gehilfe 12,70 M.; ein Glasermeister 4,20 M., dessen Gehilfe 12,70 M.; ein Tischlermeister 4,50 M., dessen Gehilfe 12,70 M.; der Inhaber einer Vulkanisieranstalt 6,70 M., dessen Gehilfe 12,70 M.; ein Bädermeister mit 3 Beschäftigten 5,25 M., sein Gehilfe 12,70 M.

Selbst wenn sich diese Angaben nur auf die Kirchensteuer beziehen, sind sie doch beweiskräftig genug. Die Kirchensteuer werden erhoben in Prozenten der Einkommensteuer. Bei den Lohnsteuerpflichtigen sind dafür gewisse Zuschläge vorgelesen. Die obigen Darlegungen sind aber auch Beweis dafür, daß die Steuerleistungen der Selbständigen viel geringer sind als die der Lohnempfänger.

Innungsrichtpreise als Leistungswucher

Ein grundsätzlicher bedeutsamer Urteil des Oberlandesgerichts Hamm hat zum Gegenstand die Richtpreise, die von der Schuhmachereinnung in Essen aufgestellt worden waren. Zwei Essener Schuhmachermeister hatten an ihren Schaufenstern die Preise für Besohlen angebracht; in beiden Fällen waren die Preise niedriger als die in den Richtpreisen der Schuhmacher-Innung vorgeschriebenen.

Beide Angeklagten legten Revision ein, und so hatte sich das Oberlandesgericht Hamm mit dieser im ganzen Ruhrgebiet und im Handwerk weit darüber hinaus vielbeschlenen Angelegenheit zu befassen. Rechtlich und sachlich wurde vor dem Oberlandesgericht der gleiche Sachverhalt wie in Essen festgestellt.

Der Hochdruckdampf als Kraftquelle

Leider wird der Hochdruckdampf noch nicht in der Weise, wie es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus erforderlich wäre, allgemein verwendet. Der Hochdruckeffekt erscheint noch nicht betriebsföhrig genug, um ihn für große Elektrizitätszentralen zu benutzen.

Prof. Eberle schlug in Nr. 39 der D.V.Z.-Zeitschrift vom 27. September 1924 vor, Heizkraftwerke zu schaffen. Er verspricht darunter große Werke, welche Kraft und Wärme zu gleicher Zeit liefern können.

Der von Eberle gemachte Vorschlag ist ein bedeutender Weg zur besseren Ausnutzung der in den Brennmaterialien enthaltenen Energie; ein anderer Weg, der mit diesem Vorschlag zusammen aber noch in erweitertem Maße die Vorteile des hochgespannten Dampfes ausnützen kann, bahnt sich jetzt schon an durch die Erziehung von Fernheizwerken.

Dampfpelchern geleitet, die sich in der Mitte großer Strohgeböcks befinden und von hier aus werden dann die Warmwasserheizungen und Wohnungen versorgt.

Ein Betrieb, der den Dampf für Kraft und Wärme in getrennten Kesseln erzeugt, ist in technischer Beziehung nicht auf der Höhe. Jeder verantwortliche Betriebsleiter wird auch die zuständigen Behörden sollten darauf hinwirken, daß aus volkswirtschaftlichen Gründen betriebliehe Betriebe modernisiert werden.

Der Hochdruckdampf wird seinen Siegeszug fortsetzen, bis er durch andere Energiequellen abgelöst wird. Die Zeit wird sicher kommen, in der man nur noch für chemische Zwecke Kohlen fördert. Die wirtschaftliche Entwicklung der Völkter ist erst durch die Kohle ermöglicht, wird sie einmal überflüssig, dann wollen wir ihr keine Tränen nachweinen.

Friedrich Grillo

Mit der Entwicklung unserer deutschen Industrie sind die Namen vorausgehender, tatkräftiger Männer, z. B. Krupp, Siemens, Halske, Hartort, Borsig, Thyssen usw. untrennbar verbunden. Unter diesen Industriepionieren nimmt Friedrich Grillo nicht die letzte Stelle ein.

ihre bisherigen Beschlüsse heraufzusetzen. Die Revision der Angeklagten wurde daher kostenpflichtig abgewiesen. Dieses rechtskräftige Urteil, gegen das ein weiteres Rechtsmittel nicht vorhanden ist, wird für eine Reihe ähnlicher Prozesse, die noch bei den unteren Gerichtsstufen schweben, maßgebend sein.

Verbandsgebiet

Essen. Die im Monat Dezember v. J. stattgefundenen Hausagitation im Bezirk der Ortsverwaltung Essen hat in vielen Sektionen der Ortsverwaltung nicht die Aufnahme gefunden, die man in der gegenwärtigen schwierigen Zeit hätte erwarten dürfen.

Appell der Ortsverwaltung nicht wirkungslos verhallt. Gerade unsere Essener Kollegen müssen zeigen, was alter, echter Organisationsgeist vermag. Sie haben hier ihren alten guten Ruf zu verteidigen.

Bezirk Bremen. Am 12. Februar fand in Wilhelmshaven eine wichtige Konferenz mit der Marineleitung statt. In Würdiger Verhandlung wurden alle die Akorddifferenzen besprochen, die seit Jahren die Arbeiterschaft der Marinewerften beunruhigten.

Es hat sich herausgestellt, daß die Arbeiterschaft der Werft teilweise der irigen Auffassung ist, daß bei Akordarbeit nicht mehr als 10 Prozent Mehreinkommen erzielt werden darf und daß die Verdienstmöglichkeiten in unzulässiger Weise beschränkt worden sind.

Das ist nicht nur ein moralischer Erfolg, sondern auch ein materieller, da Aufschlag mit höher als 10 Prozent verrechneten Lohnsummen nicht mehr von den Werkführern juristisch werden dürfen.

Beiziehung der von den Arbeitern geforderten Lohnausgleichssumme für entgangenen Akordüberdienst, verhielt sich die Marineleitung ablehnend. Bezüglich Abkündigung von Ausleihungsaufträgen für Nichtakordarbeiter könne eine solche nur in beschränktem Maße geschehen.

Kollege Heib, Betriebsratsvorsitzender in Kiel und Mitglied unseres Verbandes, nahm an den Verhandlungen gleichfalls teil und beteiligte sich mit Erfolg an der Aussprache.

Im Ganzen gesehen, hat sich auch bei diesen Verhandlungen wieder gezeigt, daß die Marinewerftarbeiter heute nötiger denn je, starke gewerkschaftliche Organisationen gebrauchen. An den Verbandskollegen am Orte wird es liegen, obige Erfolge agitatorisch auszuwerten.

in Essen geboren, so daß also am 20. Dezember 1925 hundert Jahre nach seiner Geburt vergangen sind. Viele hundert Jahre sind für unser Vaterland Jahre einer gewaltigen wirtschaftlichen Entfaltung gewesen, einer Entfaltung, zu der Friedrich Grillo wesentlich beigetragen hat.

Der von Eberle gemachte Vorschlag ist ein bedeutender Weg zur besseren Ausnutzung der in den Brennmaterialien enthaltenen Energie; ein anderer Weg, der mit diesem Vorschlag zusammen aber noch in erweitertem Maße die Vorteile des hochgespannten Dampfes ausnützen kann, bahnt sich jetzt schon an durch die Erziehung von Fernheizwerken.

Den alten Industriepionieren, die nicht nur weitblickende, sondern auch kernige, gerade Naturen waren, verbannt trotz mancher unerfreulichen Erscheinung an ihnen doch Volk und Vaterland sehr viel.

Branchenbewegung

Die Organisationsfrage im Bergbau

II.

Sollen die hier in Frage kommenden Arbeiter dem Christlichen Metallarbeiterverband zugeführt werden? Oder sind nicht ganz andere Arbeitsverhältnisse maßgebend? ...

haben diese und auch andere Berufsgruppen Sonderlohnregelungen, d. h. höhere Lohnsätze als die übrigen Metallarbeiter erhalten. Wie denken sich die Bergarbeiterverbände die Regelung der Arbeits- und Ausschuss-Gehälter für Formen in zur Zehre gehörenden Gießereibetrieben? ...

höhere Tariffähne als die in der Mehrzahl vertretenen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil hier das Organisationsverhältnis ein besseres ist, und in kleineren Gruppen viel eher gewerkschaftliche Kämpfe zur Durchführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geführt werden können.

In der Erwidierungsschrift des Gewerkevereins heißt es nun, daß er unsere Auffassung voll und ganz unterstreife, wonach eine zielbewusste Interessenvertretung in Verbänden nicht möglich wäre, die Angehörigen aller Berufs- und Industriegruppen, wie die des Bergbaus, des Baugewerbes, der Maschinen- und Elektroindustrie in sich vereinigten. ...

Wir freuen uns über die jetzige Erklärung des Gewerkevereins und sind der Auffassung, daß die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten bei beiderseitigen guten Willen, und den haben wir, geklärt werden können. Die Erklärung birgt ja die Tatsache in sich, daß nunmehr der Organisationsfrage im Bergbau und für den Bergbau beschäftigten Metallarbeiter, Setzer und Maschinenisten keine Schwierigkeiten in den christlichen Berufsverbänden mehr entgegen stehen. ...

Bekanntmachung

Sonntag, den 31. Januar, ist der 6. Wochenbeitrag fällig. — Damit tritt der erhöhte Wochenbeitrag in Kraft.

Adressenänderung:

Neuwied. Unsere Geschäftsstelle ist von Neuwied nach Kleber 1 a h n e i n, Emser Straße 1a, verl. gt.

Gewerbliche Vergiftungen

durch Salz-, Schwefel-, Salpeter- und ähnliche Säuren und durch nitrose Gase

In unserem Bestreben, die gesundheitsschädlichsten „Gewerbekrankheiten“ der Betriebsunfallversicherung zu unterstellen, vorweg jedoch alle gewerblichen Vergiftungen, ist jetzt eine neue Art von solchen Vergiftungen zur Prüfung und Begutachtung gestellt worden. ...

Für unsere Berufe kommen hierbei vornehmlich in Frage solche in Hüttenbetrieben, Draht- und Drahtwarenfabriken, Verzinkereien, Verzinkereien, Weichblechwerke, Akkumulatorenfabriken, Klemmpner- oder Spenglereien, Fahrradindustrien, Bronze-waren-, Messing- und Glühkörperfabriken, Gold- und Silberverfeinerien, Goldschmiedereien, besonders auch Metallarbeiter, Reparaturschlosser, Elektriker in chemischen Betrieben usw. ...

sonstiges Material und Geräte in Beizen usw. Schnell von diesen Giften angegriffen, von Werkleitungen und Arbeitern dagegen geschützt werden müßten, dann sei es verständlich, daß diese auch auf den menschlichen Organismus einwirken. ...

Sehr bedeutungsvolle Angaben über diese Vergiftungen finden sich auch in den

8 mg in Akkumulatorenräumen, ja nach Kirstein (S. 128) sogar die großen Mengen von 61 bis 107 mg in 1 Kubikmeter vorgefunden wurden. Also auf gut Deutsch: Die allerwichtigste Menge ist noch un- oder kaum schädlich, aber gewaltig größere Mengen sind in gewerblichen Betrieben vorhanden. Die Wirkung daraus ergibt sich von selbst. (S. 164.)

Salpetersäure: „Die Wirkung der Salpetersäure in Dampfform ist nicht wesentlich verschieden von der der anderen Säuredämpfe ... 0,03 mg pro Liter wurden vom Menschen unter den üblichen Reizmengen ohne Schaden 1 Stunde lang ertragen; 0,05 bis 0,1 mg mehrmals von Ragen ohne ernsthafte Nachwirkung einige Stunden lang; 0,2 mg noch 2 1/2 Stunden; über 0,3 mg pro Liter schädigt ernsthaft in 2 bis 3 Stunden; 0,5 bis 0,7 mg wirkt rasch lebensgefährlich. Die Sektion ergibt Lungenödem, Hämorrhagien, Blutungen und Entzündungen im Respirationstraktus.“ (S. 166.)

Nitrose Gase: Die vielgestaltigen, gefährlichen Wirkungen werden geschildert: „Der Tod tritt häufig nach 8 bis 48 Stunden ein; die Sektion ergibt ausgesprochenes Lungenödem mit größeren und kleineren Blutungen als regelmäßigen Befund ... Lungen- und herzhafte Menschen sind stärker von der Krankheit befallen. Bei den Genesenden sollen Nachkrankheiten, Herz- und Lungenbeschwerden, nicht selten sein, z. T. durch granulierende Wucherungen und bindgewebige Schrumpfung ...“ (S. 168.)

Neben diesen Gutachten verweisen wir ferner auf die Merkblätter über berufliche Vergiftungen von den Fachärzten der deutschen chemischen Industrie. ...

Die große Gefahr der in Frage stehenden Gifte geht auch aus den gewerbe- und polizeilichen Schutzvorschriften gegen sie hervor. Den einschlägigen

Unfallberufsgenossenschaften

dürften sie ebenfalls schon bekannt sein. So verzeichnet der Bericht der B. G. der chemischen Industrie für das Jahr 1924 erstmalig Betriebsunfälle durch ätzende Stoffe, Laugen, Säuren, giftigen Rost usw., ferner durch giftige Stoffe, Gase usw. insgesamt 1706; davon waren 127 entsehbungsspflichtig und 27 Todesfälle. Die Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie B. G. hatte im Jahre 1924 entsehbungs- und Unfälle durch Einwirkung von Feuer, heißen und ätzenden Stoffen, giftigen Gasen, Dämpfen usw. 43; davon allein 17 Todesfälle. Die B. G. für Feinmechanik und Elektrotechnik hat nach dem jüngsten, uns vorliegenden Bericht für das Jahr 1921 entsehbungs- und Unfälle durch feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe, Gase, Dämpfe usw. 82 verzeichnet. ...

Unfallbegutachtung und Rechtsprechung

sind die Gefahren der benannten Gifte und der sich daraus ergebenden Streitsfälle nicht minder bekannt. Der Privatdozent Dr. Horn schreibt darüber in seinem Buch „Praktische Unfall- und Invalidenbegutachtung“ (Verlag J. Springer, Berlin, 1922, 2. Aufl.) u. a.:

„Nach Thiem können „Intoxikationen“ (gewerbliche Vergiftungen v. B.) im engeren Sinne an sich bedingt sein (wobei die Frage ob „Unfall“ oder „Gewerbekrankheit“ zunächst dahingestellt bleibt) durch: anderweitige chemische Stoffe (Stom. Chlor und Chlorverbindungen, Fluor, Phosphor, Arsen, Stickstoffverbindungen, wie Ammoniak, Salpetersäure und salpetrige Säure, nitrose Dämpfe und Stickoxydgas, Schwefelverbindungen, wie Schwefelsäure, Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Schwefelkohlenstoff und Blausäure (S. 113).“

Damit dürfte mehr als genug die große Gefahr der benannten gewerblichen Gifte und was sonst zur Begründung der Antilagen gehört nachgewiesen bzw. gegeben sein. „Gewöhnung“ an diese Gifte mag z. T. am Werke sein, aber vor Ueberdeutung dieser Auffassung muß gewarnt werden. Der eine Mensch und Betrieb ist nicht so wie der andere, und heute nicht wie morgen. Auch komme man nicht damit, daß solche Vergiftungen in zu geringer Zahl vorliegen.

Dem Einzelnen muß geholfen werden,

wenn er ein Recht darauf hat! Mühen sich daher die Geschädigten und begutachtenden Instanzen bei der Erledigung dieser Frage ihrer Pflicht bewußt bleiben, und möge auch die Arbeiterchaft härter als bisher einsehen, was sie nach der Richtung und hinsichtlich ihres Verbandes zu tun hat!

Berichten der Gewerbeinspektionen der Kulturländer,

die in den Schriften des Instituts für Gewerbehygiene zusammengestellt sind. Aus jener Schrift, die für das Jahr 1919 berichtet, werden einige Salzsäurevergiftungen aus Bayern und Schwaben gemeldet. Wo indes der Meldungszeitpunkt und Statistik über solche Berufskrankheiten bestehen, kommt eher ein Licht in dieses giftige Dunkel. ...

Wie von der deutschen gewerbehygienischen Wissenschaft die noch lebenden beiden, u. H. ältesten führenden und berühmtesten Vertreter zu diesen Vergiftungen stehen, darf ebenfalls nicht unbeachtet bleiben. Wie dazu

Herr Professor Lewin (Berlin)

steht, geht aus seinen umfangreichen Veröffentlichungen hervor, deren einschlägige Ergebnisse unseren Lesern bekannt sind. In einem von ihm eingehalten Gutachten unseres Verbandes vom 10. 5. 1925, welches wir dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsarbeitsministerium zur weiteren Begründung unserer Anträge zustellten, heißt es u. a.:

Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf einige gewerbliche Berufskrankheiten kann eine wesentliche Bedeutung nur dann gewinnen, wenn ... auch einzelne Gase, denen Arbeiter berufsmäßig ausgesetzt sind, mit einbezogen werden. ...

Der andere verdienstvolle gewerbehygienische Wissenschaftler,

Herr Professor Dr. Lehmann (Würzburg)

gibt in seinen Schriften ebenfalls eine umfangreiche Kenntnis von der Gefährlichkeit und den Wirkungen gewerblicher Gifte bekannt. In nachfolgendem geben wir nur einige kurze Auszüge aus seinem Lehrbuch der Arbeits- und Gewerbehygiene, Verlag G. Hirzel, Leipzig (1919) wieder:

Salzsäure: „Auf den Menschen wirken 0.16 mg pro Liter schon reizend und sehr unangenehm; 0.5 mg pro Liter nicht ungefährlich, 1.6 mg darf höchstens für Minuten dem Menschen zugemutet werden.“ (S. 157.)

Schwefelboryd (schwefelige Säure): „An ungewöhnten Menschen fand ich ... 0.02-0.03 mg wenig schädlich; 0.04 mg wesentlich unangenehm; 0.06 mg ist für den ungewöhnten Menschen ungefähr die höchste Konzentration, die er noch eine Zeitslang ... etwa eine halbe Stunde ... ohne besondere Schwierigkeiten, aber stark belästigt durch Nasenbeizen, Niesen und Hustenreiz ertragen kann.“ (S. 163.)

Schwefelsäure u. Schwefelsäureanhydrid: Die jetzt üblichen Angaben setzen hier leider bei diesen sehr gefährlichen Giften indes wird angeführt, daß dadurch die Haut stark verätzt, evtl. verkohlet würde. Ebenso Kleider, Holz und Leder. Es würde angenommen, daß unkeil geringfügige Mengen von 0.01 Volumprozent bis 0.03 „ungefährlich“ oder „kaum schädlich“ seien, daß aber bis

gefährliche Gesundheitsfeinde

täglich um sich, ja viele davon nehmen tagtäglich bei der Arbeit von ihnen mit.

Es mag sein, daß die Wirkungen von Vergiftungen der jetzt in Frage stehenden Art weniger offensichtlich, spontan und letzteren zusammengehört oder gemeinsam auftreten, aber für den, den sie „packen“, sind sie trotzdem gefährlich und vielleicht noch gefährlicher, weil sie heimlich im Stillen, allmählich schleichernd, aber umso fähiger auf ihr Endziel loszusteuern. ...

Abgrenzung von „Betriebsunfall“ und „Gewerbekrankheit“ vorzunehmen hat bzw. wenn er den Nachweis für einen „Betriebsunfall“ erbringen soll oder eine „Gewerbekrankheit“ angucken hat, die dem Betroffenen doch nichts bietet, sonst nur zu Schwierigkeiten führt und weshalb dann eine natürliche Krankheits- oder Todesursache als das einfachere erscheint. ...

Leider sind viele Arbeiter in diesen Berufen noch nicht genügend durchorganisiert und gewerkschaftlich durchgebildet. Die ganzen Vorgesetzten würden dann diesen ihren ureigenen Verhältnissen eine bewußtere Aufmerksamkeit schenken, zu hieb- und stichfesten Erhebungen bereit sein, ihren Organisationen, Betriebsvereinigungen, Betriebsleitern, den Ärzten, der Gewerbeaufsicht usw. eher mitteilen, was bei der Arbeit und in ihrem Leben vor sich geht. ...

Begründung unseres Antrages

auf allerdings viele bedeutungsvolle Einzelheiten des Arbeiter- und Betriebslebens, auf Berichte von Gewerbebehörden, Gewerbehygienikern, auf solche vom Ausland usw. angewiesen. Mit der amtlichen Meldung von gewerblichen Vergiftungen ist es in Deutschland gegenüber England, der Schweiz usw. noch schlecht bestellt. Nur Bayern hat anstehend allein damit begonnen. ...

Bestwerden betroffener Arbeiter

Aber diese Gifte, und die nach Befragen erzielten Antworten, lauten übereinstimmend auf: Husten, Atemnot, Lungen- und Magenkrankheiten, Appetitlosigkeit, schlechte Zähne und Augen usw. Die kleinste Verletzung und Wunden an Händen und Körper führten stets zu einer Verblümmung, „das Gift frage immer bis an die Knochen“. In Betriebsabteilungen, z. B. in der Zeig, wo die Arbeiter fast und andauernd diesen Giftdämpfen ausgesetzt wären, ist die Krankenliste bedeutend höher als in sonstigen Betrieben. Ein anderer Bericht sagt: „Aus unserer Abteilung waren von 1600 Arbeitern schon zehn in einer Lungenentzündung. ...“

Schmerz, früher Tod, langjamer „Selbstmord“

„Aber sollen noch Einzelberichten weitere Folgen dieser Gifte sein. Wenn selbst Fingerringe, eiserne Träger mit ihren Verbleibungen,